

council-of-europe-leaders-react-to-turkey-s-announced-withdrawal-from-the-istanbul-convention-1 (03.06.2021).

Graf, Patricia/Schneider, Silke/Wilde, Gabriele, 2017: Geschlechterverhältnisse und die Macht des Autoritären. In: *Femina Politica*. 26 (1), 70-87.

Human Rights Watch (HRW), 2021: Turkey: Erdogan's Onslaught on Rights and Democracy. 24. 03. 2021. Internet: <https://www.hrw.org/news/2021/03/24/turkey-erdogans-onslaught-rights-and-democracy> (03.06.2021).

Kandiyoti, Deniz, 2016: Locating the politics of gender: Patriarchy, neoliberal governance and violence in Turkey. In: *Research and Policy on Turkey*. 1 (2), 103-118.

Kandiyoti, Deniz, 2019: Against All Odds: the Resilience and Fragility of Women's Gender Activism in Turkey. In: Kandiyoti, Deniz/Al-Ali, Nadjie/Spellman Poots, Kathryn (Hg.): *Gender, Governance and Islam*. Edinburgh, 80-100.

Kováts, Eszter/Pöim, Maari (Hg.), 2015: Gender as symbolic glue. The position and role of conservative and far right parties in the anti-gender mobilizations in Europe, Budapest. Internet: <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/budapest/11382.pdf> (03.06.2021).

Kováts, Eszter, 2021: Anti-gender politics in East-Central Europe: Right-wing defiance to West-Eurocentrism. In: *GENDER*. 13 (1), 76-90.

Kreile, Renate, 2018: Gender und Politik unter der AKP-Regierung. In: Aksoy, Hürçan Aslı (Hg.): *Patriarchat im Wandel*. Frankfurt, New York, 41-73.

Tuğal, Cihan, 2021: Turkey at the Crossroads. In: *New Left Review*. 127. Internet: <https://newleft-review.org/issues/ii127/articles/cihan-tugal-turkey-at-the-crossroads> (01.06.2021).

Unal, Didem, 2021: The Masculinist Restoration Project in the Rhetoric of Anti-Gender Movements: The Case of Turkey. In: Hakola, Outi/Salminen, Janne/Turpeinen, Juho/Weinberg, Oscar (Hg.): *The Culture and Politics of Populist Masculinities*. Lanham etc., 67-87.

Yarar, Betül, 2020: Neoliberal-neoconservative feminism(s) in Turkey: politics of female bodies/subjectivities and the Justice and Development Party's turn to authoritarianism. In: *New Perspectives on Turkey*. 63, 113-137.

Yetkin, Murat, 2020: The Istanbul Convention vs. An Islamist Congregation? In: Yetkin-Report vom 9. 7. 2020. Internet: <https://yetkinreport.com/en/2020/07/09/the-istanbul-convention-vs-an-islamist-congregation/> (01.06.2021).

Feminizide in Mexiko: Eine dramatische Realität und ihre Zuspitzung im Drogenkrieg

FÁTIMA ÁVILA ACOSTA

Ende März 2021 fand in Mexiko-Stadt das Forum für die Gleichstellung der Generationen statt,¹ auf dem die Gleichstellung der Geschlechter im Rahmen eines „Global Acceleration Plan for Gender Equality“ eine prominente Rolle einnahm. Auf diesem Forum bekräftigte die mexikanische Bundesregierung ihr gleichstellungspolitisches Engagement. Das von den Vereinten Nationen einberufene und von den mexikanischen und französischen Behörden gemeinsam geleitete Forum analysierte

bestehende Maßnahmen zur Erreichung einer substanziellen Gleichstellung und entwickelte zugleich zukünftige Strategien zur Förderung der Frauenrechte. Paradoxerweise war der März 2021 als „Frauenrechte-Monat“ zugleich auch der gewalttätigste Monat für mexikanische Frauen seit 2015. Nach offiziellen Zahlen des Exekutivsekretariats des Nationalen Sicherheitssystems wurden allein in diesem Monat 359 Frauen in Mexiko ermordet (Secretariado Ejecutivo 2021).

Der Monat März war keine Ausnahme, sondern entspricht einem Trend: Im Durchschnitt werden landesweit jeden Tag zehn Frauen getötet. Das Phänomen der Feminizide² geht auf Ciudad Juárez im 1993 zurück und ist nicht neu; jedoch hat der steile Anstieg der organisierten kriminellen Gewalt in Mexiko die geschlechtsspezifische Gewalt weiter verschärft. Seit 2007 verfolgt die mexikanische Regierung eine aggressive Strategie gegen das organisierte Verbrechen und die Drogenkartelle, die bislang mehr als 250.000 Todesopfer gefordert hat. Als föderale Republik ist die Strafverfolgung in Mexiko zwischen Bundes-, Landes- und kommunalen (municipal) Kräften aufgeteilt. Die hohen Gewaltraten und die Unfähigkeit der Lokalpolizei, den Drogenkartellen wirksam zu begegnen, haben jedoch dazu geführt, dass militärische Hilfskräfte in die lokalen Sicherheitsinstitutionen integriert wurden. Seit 2019 fungiert die Nationalgarde (Guardia Nacional), die sich aus Zivilisten und Militärs zusammensetzt, als nationale Polizei des Landes. Während sich die aktuelle Linksregierung für eine weniger konfrontative Strategie entschieden hat und sich mehr auf die Sozialpolitik konzentriert, hat zugleich die Militarisierung der öffentlichen Sicherheit im Land zugenommen. Mexikos langjähriger Krieg gegen die Kartelle hat zu einer Sicherheitskrise geführt, die die Feminizid-Krise in dreierlei Hinsicht verschärft hat.

Frauen als ‚kollaterale Opfer‘ im Kampf gegen Drogen

Erstens hat Mexikos beispielloser Kampf gegen die Drogenkartelle das Gesamtniveau der Gewalt, einschließlich der Gesamtzahl der Tötungsdelikte auf nationaler Ebene, erheblich erhöht. Tötungsdelikte haben in den letzten zehn Jahren nach offiziellen Zahlen um 68% zugenommen, dies schließt auch die Morde an Frauen und Mädchen ein. Sie werden zu kollateralen Opfern von wahllosen Schießereien und Zusammenstößen zwischen Militär, Kartellen und autonomen Bürgerwehren. In den schlimmsten Fällen rächen sich Kartellmitglieder an Rivalen, indem sie Familienmitglieder des Gegners entführen oder ermorden, darunter Schwestern, Mütter, Töchter und Ehefrauen. Laut der Nichtregierungsorganisation Semáforo Delictivo stehen 80% der Tötungsdelikte in Mexiko im Zusammenhang mit der Gewalt des Drogenhandels (Semáforo Delictivo 2021).

Innerhalb dieses Kreislaufs der Gewalt haben sich die kriminellen Aktivitäten der Kartelle unter anderem auf Erpressung, Menschenhandel und Sexhandel ausgeweitet. In diesem Panorama werden Frauen und Mädchen häufig Opfer von Entführungen und ‚Verschwindenlassen‘ (disappearances) in den von den Kartellen

kontrollierten Gebieten. Mit mehr als 85.000 vom Innenministerium registrierten Vermisstenfällen, von denen ein Viertel Frauen sind, ist die Untererfassung von Tötungsdelikten und Feminiziden zu einem Problem geworden, da die offiziellen Daten nicht das wahre Ausmaß dieser Verbrechen widerspiegeln: Denn ohne Leiche ist es unmöglich, einen Feminizid zu registrieren. Darüber hinaus hat der dramatische Anstieg der Tötungsdelikte die Unterscheidung zwischen Feminiziden und sonstigen Tötungsdelikten erschwert. Das mexikanische föderalistische System spiegelt sich in den unterschiedlichen Definitionen von Feminizid in den lokalen Strafgesetzbüchern wider, was die offiziell gemeldeten Zahlen von Feminizid irreführend macht, da sie in Wirklichkeit wahrscheinlich höher sind. Darüber hinaus hat der Föderalismus insgesamt zweideutige und manchmal widersprüchliche Auswirkungen auf die Förderung der Geschlechterpolitik (MacDonald und Mills 2010).

Militarisierung des öffentlichen Raumes

Zweitens hat sich die bereits alarmierende Situation, einschließlich der Feminizide, durch die Militarisierung der öffentlichen Sicherheit verschlimmert. Die Beteiligung von Streitkräften an Aufgaben der öffentlichen Sicherheit hat zu einer Zunahme von Menschenrechtsverletzungen und zu Berichten über Machtmissbrauch geführt. Darunter sind auch Folter, erzwungenes Verschwindenlassen (enforced disappearances), außergerichtliche Tötungen und sexuelle Gewalt. Eine aktuelle Studie der feministischen Organisation Intersecta (2020) fand heraus, dass Zusammenstöße zwischen Streitkräften und Gruppen des organisierten Verbrechens tendenziell das Gesamtniveau der Gewalt erhöhen. Für den spezifischen Fall der Frauenmorde stellte der Bericht fest, dass die Zahl der Frauenmorde drei Monate nach den gemeldeten Zusammenstößen zwischen der mexikanischen Marine und kriminellen Banden um geschätzt 12,5% anstieg (Intersecta 2020).

Klima der Straflosigkeit

Schließlich hat die Zunahme von Gewalt, die sowohl von der organisierten Kriminalität als auch vom Militär ausgeht, zusammen mit einem schwachen und überlasteten Strafverfolgungssystem, ein generelles Klima der Straflosigkeit gefördert. Trotz zahlreicher ziviler und gesetzlicher Initiativen zum Schutz von Frauen und Mädchen – wie der Verabschiedung des Allgemeinen Gesetzes über den Zugang von Frauen zu einem gewaltfreien Leben – bleiben die meisten geschlechtsspezifischen Gewalt- und Straftaten unaufgeklärt. Im Jahr 2018 konnten in Mexiko etwa 98% der landesweiten Straftaten nicht aufgeklärt werden (Human Rights Watch 2019). Diese Straflosigkeit hat zur Folge, dass die meisten Verbrechen, darunter auch Feminizide, ungestraft bleiben und die Täter nie ermittelt, geschweige denn verhaftet und verurteilt werden. Dieses gewalttätige und gleichzeitig straffreie Umfeld behindert die bestehenden Bemühungen, Feminizide zu reduzieren und aufzuklären.

Frauenmobilisierung gegen staatliches Desinteresse

Mit Blick auf diese erschreckende Bilanz ist die Reaktion der Bundesregierung nicht nur als unzureichend, sondern auch als entmutigend zu bezeichnen. Seit 2020 hat die derzeitige Regierung das Budget für soziale Programme und Institutionen zum Schutz von Frauen und Mädchen reduziert. Das Budget des Nationalen Fraueninstituts z.B. wurde um 75% gekürzt. Dies steht im Gegensatz zur Erhöhung des Budgets für die öffentliche Sicherheit, insbesondere für militärische Einrichtungen und Streitkräfte. Es überrascht nicht, dass die wachsende Frustration und Wut über das Versagen der Regierung, geschlechtsspezifische Gewalt zu bekämpfen, landesweite Proteste und Massenmobilisierungen von Angehörigen der Opfer, von Frauen und feministischen Kollektiven ausgelöst hat. Letztes Jahr organisierten mexikanische feministische Gruppen einen nationalen Streik (Un Día sin Nosotras) und riefen dazu auf, alle Arbeit und häusliche Aktivitäten einzustellen, um gegen die zunehmenden Feminizide und die anhaltende geschlechtsspezifische Gewalt zu protestieren. Damit wurde ein wichtiger politischer Präzedenzfall im Kampf für die Rechte von Frauen und Mädchen in Mexiko geschaffen und zur weiteren Mobilisierung ermutigt.

In diesem Kontext sozialer Unruhen und Empörung wurde das Forum zur Gleichstellung der Generationen (Foro Generación Igualdad) ins Leben gerufen. Obwohl es wichtig ist, die Bedeutung und den Umfang des Forums anzuerkennen, reichen Initiativen wie diese nicht aus, um den Notstand in Bezug auf geschlechtsspezifische Gewalt in Mexiko anzugehen. Die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern, die durch die aktuelle Covid-19-Pandemie noch verschärft werden, werden in Ermangelung einer umfassenden offiziellen Reaktion weiterhin bestehen. Wie in vielen krisenhaften Situationen im Land ist es wieder einmal die Zivilgesellschaft und sind es die vielen mutigen Frauen, die in Ermangelung staatlicher Maßnahmen politisch mobilisieren und Initiativen anführen, um eine institutionelle und effektive Antwort auf die Feminizid-Krise des Landes inmitten eines sich verschärfenden, tödlichen Drogenkriegs zu fordern.

Anmerkungen

- 1 <https://forum.generationequality.org/generation-equality-forum-mexico-city>
- 2 In dem Bemühen, den Begriff Femizid (femicidio) von seiner strikten Bedeutung im Spanischen als „Frauenmord“ zu unterscheiden, wandelte die mexikanische Anthropologin Marcela Lagarde den Begriff in Feminizid (feminicidio) um. Dieser bezieht auch die institutionellen, sozialen und politischen Bedingungen ein, die die Begehung dieses Verbrechens zulassen und ermöglichen (Lagarde 2006). In Mexiko steht der Begriff Feminizid im Bundesstrafgesetzbuch. Ich werde mich daher in diesem Text auf Feminizid und nicht auf Femizid beziehen.

Literatur

Semáforo Delictivo, 2021: Comunicado – Primer Trimestre 2021. Internet: <https://semaforo.mx/articulo/comunicado-semaforo-delictivo-primer-trimestre-2021> (01.06.2021).

Intersecta, 2020: Las Dos Guerras: El Impacto de los Enfrentamientos de las Fuerzas Armadas en los Asesinatos de Mujeres en México. Internet: <https://drive.google.com/file/d/1ex96A5n6h-YqPlBrjsHLKKzvXDXboUBS/view> (01.06.2021).

Human Rights Watch, 2019: Mexico. Events of 2019. Internet: <https://www.hrw.org/world-report/2020/country-chapters/mexico#> (01.06.2021).

Lagarde, Marcela, 2006: Del femicidio al feminicidio. In: Desde el Jardín de Freud. (6), 216-225.

MacDonald, Laura/**Mills**, Lisa, 2010: Gender, Democracy and Federalism in Mexico: Implications for Reproductive Rights and Social Policy. In: Haussman, Melissa/Sawer, Marian/Vickers, Jill (Hg.): Federalism, Feminism, and Multilevel Governance. London, New York, 187-198.

Secretariado Ejecutivo del Sistema Nacional de Seguridad Pública, 2021: Información sobre violencia contra las mujeres. Internet: https://drive.google.com/file/d/11FK_FRGveCmv9eCWSlHJ7s_5u2DHw3N7/view (01.06.2021).